

Aktuelle Information

für Presse und Öffentlichkeit - 02.07.2018



MLPD fordert Neuwahlen und zeigt Wahlteilnahme an. Horst Seehofer reicht nicht - um die Rechtsentwicklung zu stoppen, muss die ganze Regierung zurücktreten!

Durch die Entwicklung der letzten Tage hat sich die Berliner Regierungskrise zu einer offenen politischen Krise ausgewachsen. Sie ist die tiefste in Deutschland seit 1945 und geht viel tiefer als nur ein Hick-Hack zwischen Personen oder Parteien. In ihr bündeln sich eine tiefe Vertrauenskrise, offene Parteienkrisen, Krisen der bürgerlichen Flüchtlings-, Gesundheits- und Wohnungsbaupolitik, Krise der EU usw. Deshalb reicht der von der MLPD seit Wochen geforderte Rücktritt des ultrareaktionären Scharfmachers Horst Seehofer längst nicht mehr: Der Rücktritt der gesamten Regierung und Neuwahlen sind das Gebot der Stunde! Die Bundesregierung hat eine drastische Rechtsentwicklung in sämtlichen Politikbereichen eingeleitet und forciert, so die Parteivorsitzende der MLPD, Gabi Fechtner:

„Man muss dringend die umfassende reaktionäre Rechtsentwicklung stoppen! Die in der EU aktuell gefassten Beschlüsse, die von ultrareaktionärsten faschistoiden Regierungen Europas wie unter Orbán/Ungarn und Kurz und Strache/Österreich gefordert wurden, dokumentieren die tiefe Krise der EU. Dabei geht es nicht allein um die Flüchtlingspolitik. Es geht auch um ein Roll-Back beim Umweltschutz, Angriffe auf Arbeitszeiten und Arbeitsrecht, Abbau demokratischer Rechte und Freiheiten, Kriegskurs usw. Die MLPD und das Internationalistische Bündnis fordern als einzig konsequente antifaschistische und fortschrittliche Kraft Neuwahlen. Lasst doch die Leute ihre Meinung sagen! Die Wahlteilnahme der MLPD wurde heute beim Bundeswahlleiter angezeigt - sicherlich als erste Partei.“

Die weit reichende Vertrauenskrise in die bürgerliche Politik wandelt sich in einen fortschrittlichen Stimmungsumschwung unter der Masse der Bevölkerung. Er findet seinen Ausdruck in den Arbeiterkämpfen in den Tarifrunden, in Massendemonstrationen gegen Pflegenotstand, Mietwucher, Polizeigesetze, gegen die AfD, wo immer sie auftritt. Und nicht zuletzt in dem landesweiten Proteststurm, als ausgehend von Innenminister Seehofer, das antifaschistische, internationalistische Rebellische Musikfestival an Pfingsten in Thüringen mit Verbot bedroht wurde. Diese Schlappe in der versuchten Repression gegen die MLPD versuchten interessierte Kreise wohl wett zu machen, indem aktuell die Gelsenkirchener Stadtverwaltung mit einer absurden Verfügung incl. 10.000 Euro Strafandrohung Nutzungsverbot für den attraktiven und allseits beliebten Kultursaal in der Parteizentrale der MLPD erteilen will. Dagegen hat die MLPD umgehend gerichtliche Schritte eingeleitet. Gerne geben wir nähere Auskunft.

MLPD
Member of ICOR
Zentralkomitee

Schmalhorststraße 1c
45899 Gelsenkirchen

TELEFON
+49(0)209 95194-0

TELEFAX
+49(0)209 9519460

E-MAIL
info@mlpd.de

WEB
www.mlpd.de

Pressesprecher
Peter Weispfenning
0157-58892100